Katholiken-Komitee in Sorge über anti-islamische Stimmung

8. Mai 2017

Berlin (KNA) Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, hat nachdrücklich vor islamfeindlichen Strömungen in Deutschland gewarnt.

„Die Stimmung dem Islam gegenüber in diesem Land macht mir größte Sorge“, sagte er am Freitag in Berlin. „Es ist ein Kurzschluss, wenn wir die Instrumentalisierung des Islam für politische Zwecke mit dem Islam in seinen mannigfachen Ausprägungen gleichsetzen“, betonte Sternberg bei der Frühjahrsvollversammlung des obersten katholischen Laiengremiums.

Der ZdK-Präsident fügte hinzu, in der Integrationspolitik werde die Eingliederung der Muslime von entscheidender Bedeutung sein. Dazu gehöre die Förderung des islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen und der Lehrstühle für islamische Theologie zur Ausbildung deutschsprachiger Religionslehrkräfte und Imame. „Denn Bildung ist das beste Mittel zur Gewaltprävention“, betonte Sternberg. Er kritisierte AfD-Forderungen nach einer Abschaffung des staatlich organisierten Islam-Unterrichts und der Universitätsinstitute für islamische Theologie. Sternberg rief dazu auf, den christlichmuslimischen Dialog zu intensivieren: „Wir müssen zusammen mit frommen Muslimen entschieden gegen die Pervertierung der Religion im Islamismus und gegen den Missbrauch des Gottesnamens vorgehen.“

Mit Blick auf den in die Kritik geratenen deutsch-türkischen Moscheeverein Ditib betonte der ZdK Präsident, dass der größte islamische Einzelverband in Deutschland über viele Jahre für die Politik ein „Garant für verlässliche rechtsstaatliche Zusammenarbeit mit den Muslimen“ gewesen sei. Nun werde aber offenkundig, dass „eine von Weisungen der staatlichen Religionsbehörde in der Türkei abhängige Organisation nur schwerlich als Religionsgemeinschaft anerkannt werden kann und jedenfalls nicht ohne weiteres in das deutsche Religionsverfassungsrecht passt“. Zugleich betonte Sternberg, dass der Gesprächsfaden mit Ditib nicht abreißen dürfe. Der Verband steht wegen seiner Nähe zur türkischen Regierung und wegen Spitzelvorwürfen gegen einzelne Imame in der Kritik.

(KNA – rkpkn-89-00062)

Stand: 27. November 2026